

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich  
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark  
ausw. Zustellungsgebühren. Einzel-  
nummer 12 Pf. Bestellungen werden  
von allen Reichspostämtern ange-  
nommen. Im amtl. Zeitungser-  
zeichnis unter „Saale-Zeitung“ einge-  
tragen. Für unentgeltlich eingegan-  
genen Manuskripten wird keine Gewähr  
übernommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-  
stattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 11-2  
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 11333  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Dreißigjähriger Jahrgang.

**Anzeigen**  
werbe d. 8. Spalte, 34 mm bre. Milli-  
meterzeile oder deren Rauminhalt  
mit 20 Pf. berechn. u. in unseren An-  
nahmenstellen, allen Anzeigen ge-  
schäftlich angenommen. Redaktions-  
büro 22 am Dr. Müllerszeile 68 Pf.  
Anzeigen-Annahme-Schluß vorm.  
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. 6.00  
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-  
lässig, müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungsort: Halle. Erscheint  
täglich mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts-  
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Neue Promenade 14, Dr. Braun-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 507.

Halle, Mittwoch, den 29. Oktober.

1910.

## Die türkischen Geheimdokumente.

### Schuldbeweis der deutschen Regierung an den Armeniermorden?

**Wafel, 28. Oktober.** (Eigene Drahtnachricht.) Die „Morning Post“ meldet aus Konstantinopel: Die türkische Regierung hat alle Geheimdokumente zwischen Deutschland und der Türkei über die Vorgehensweise und über die Fortführung des Krieges am 20. Oktober der Milizienkommission ausgehändigt. Die Dokumente beweisen klar die Schuld der deutschen Regierung an den Armeniermorden, durch die 163 000 Menschenleben vernichtet wurden. Sie werden die Aufklärung der damaligen politischen und militärischen Nachhaken Deutschlands an den Ententegerichtshof zur Folge haben.

### Lloyd George besteht auf Auslieferung des Kaisers.

**Wafel, 28. Oktober.** (Eigene Drahtnachricht.) Die „Daily Mail“ meldet, daß Lloyd George auf eine Verhaftung des Obersten Verdes des Oberhauses in Sachen der Strafvollzug Kaiser Wilhelms am 23. Oktober in der Zeitung abgab, er werde unter allen Umständen auf die Auslieferung des deutschen Kaisers und seiner Helfershelfer bestehen, es lägen indessen Beweise für die Milizien vor, die nicht abgeändert werden könnten.

### Telephongespräche des Kaisers mit Deutschland?

**Wafel, 28. Oktober.** „Telegraph“ meldet aus London: In der letzten Sitzung des Unterhauses wurde gefragt, welche Vorkehrungen jetzt in Holland zur Überwachung des Kaisers und des Kronprinzen getroffen würden. In der Antwort, welche die britische Regierung wolle nur nicht genau, waldes die Waage gegen die holländischen Regierung sein, habe aber keinen Grund, zu bezweifeln, daß alle notwendigen Vorkehrungen getroffen würden. Auf eine andere Frage, ob das Auswärtige Amt von fortwährenden telephonischen Gesprächen des Kaisers mit Deutschland mit einer autorisierten Person, daß der englischen Regierung nichts darüber bekannt sei.

### Franzosenfeindliche Demonstration in Lothringen.

**Karlruhe, 28. Oktober.** (Eigene Drahtnachricht.) Die „Lothringische Volkzeitung“ berichtet: Die französische Regierung unternimmt ernsthafte Schritte, um die Herausforderung durch deutsche und deutschgesinnte Elemente an der Burell zu fassen. In der Gegend von Diedenhofen war in den letzten Tagen häufig der Gesang: „Deutschland, Deutschland über alles“ zu hören. Personen, die sich der französischen Sprache bedienen, wurden vielfach belästigt. Die französischen Gendarmen hat mehrere hundert Verhaftungen von Deutschen in Nom bach, Hagendingen, Diedenhofen usw. vorgenommen. Die Arrestanten wurden in Autos nach Metz gebracht und mußten die Nacht auf der Halde zubringen. Am Morgen wurden sie nach der Rheinbrücke abtransportiert.

### Die Forderungen der elsass-lothringischen Rechtsanwält.

**Wafel, Colmar (Elsch), 28. Oktober.** In der ersten Generalversammlung der elsass-lothringischen Rechtsanwält wurde gefordert: Gebrauch der deutschen Sprache vor dem Amtsgericht neben der französischen Gebrauch der deutschen Sprache in Strafverfahren, wenn der Angeklagte französisch nicht versteht, Zutreffen solcher Personen, die nicht französisch können, als Geschworene, geänderte Übergangsvorsicht für die Einführungen der französischen Gesetze.

### Clemenceau kommt nach Straßburg.

**Wafel, Besançon, 28. Oktober.** (Drahtnachricht.) Wie nunmehr amtlich bekanntgegeben wird, hält Ministerpräsident Clemenceau die angekündigte Wahlprogrammrede am 4. November in Straßburg.

### Der Schaden der Welthandelsstagnation.

**Karlruhe, 28. Oktober.** (Eigene Drahtnachricht.) Die „Times“ melden aus Paris: Die Wiederherstellungskommission hat den durch die deutsche Kriegführung angerichteten Schaden der Welthandelsstagnation auf 35 Milliarden Franken festgelegt.

### Von der Kaukasusarmee und Donarmee.

**Wafel, 28. Oktober.** „Telegraph“ meldet aus London: Die Flotte melde: Die Kaukasusarmee, unter dem Befehl des Generals Wangel, ist 50 Meilen vorwärts. Augenblicklich rufen diese Truppen nordöstlich Zeylan. Es wurden 1500 Gefangene gemacht. Die Donarmee

ist auf einer Front von 120 Meilen im Vormarsch begriffen. Die Eisenbahnlinie zwischen Wolzka und Kiew wurde besetzt, wobei 500 Gefangene gemacht wurden. Südöstlich Wolzka war Drenkin genötigt, einige Meilen zurückzugehen, wodurch Drenk wieder in die Hand der Bolschewisten fiel.

### Erfolg der Armee Drenkins.

**Wafel, 28. Oktober.** (Drahtnachricht.) Das Große Semowitsch Drenkin meldet am 22. Oktober eine Entlastung der Disziplin auf der ganzen Front in Richtung auf Kamahin. Der holländische jenseitige Streit vernichtet und viele weitaus demüht. In Richtung Drenkin haben wir zwei vollständige Regimenter aufgegeben. In der Gegend Kiew sind Kämpfe im Gange. In der Gegend von Wolzka ist die Disziplin an. Der Generalstab Petljars hat die Front ergriffen.

### Hefige Feldschlacht bei Krasnoj Skelo.

**Wafel, 28. Oktober.** (Drahtnachricht.) Die „Times“ meldet am 28. Oktober: Die „Times“ wird aus Krasnoj Skelo, 28. Oktober gemeldet: In der Gegend Krasnoj Skelo, 28. Oktober, fünf Meilen südlich Krasnoj Skelo, eine heftige Feldschlacht. Krasnoj Skelo wurde von den deutschen Truppen genommen. Indem sie am meisten unter dem Mangel an Transportmitteln zu leiden.

### Japan will seine Truppen aus Sibirien zurückziehen.

**Wafel, Amsterdam, 28. Oktober.** (Drahtnachricht.) New York meldet aus Omsk, Japan will jetzt, seine Truppen aus Sibirien zurückziehen, wenn es von Ausland dazu aufgefordert werde.

### Ein amerikanisches Ultimatum an Mexiko.

**Wafel, 28. Oktober.** (Eigene Drahtnachricht.) Die Vereinigten Staaten haben ein Ultimatum an Mexiko erteilt, in dem die Freilassung des amerikanischen Botschafters William Smith gefordert wird. **Amsterd., 28. Oktober.** Reuters meldet aus San Diego (Kalifornien): Amlich wird mitgeteilt, daß zwei amerikanische Flieger, die seit dem 31. August vermisst waren, von mexikanischen Fliegern, die sie in ihrem Flugzeug auf dem Wasser treibend fanden, auf grausame Weise ermordet wurden.

### Eine neue Industriellenkonferenz.

**Wafel, 28. Oktober.** Das Preßbüro Radio meldet: Das amerikanische Komitee hat einstimmig beschlossen, eine neue Industriellenkonferenz einzuberufen. Die wird aus etwa 15 der hervorragendsten Amerikaner bestehen.

### Wilson gegen das Alkoholverbot.

**Wafel, Washington, 28. Oktober.** Reuters. Präsident Wilson hat gegen die Gesetzesvorlage zur Ermöglichung der Durchführung des Alkoholverbotes sein Veto eingelegt. Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage trotzdem angenommen.

### Der republikanische Kandidat für die Präsidentschaftswahlen.

**Wafel, Washington, 28. Oktober.** Reuters. Der Senator Polkrogger teilt mit, daß er als republikanischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen aufstehe.

### Der amerikanische Farmerbund sympathisiert mit den Arbeitern.

**Wafel, 28. Oktober.** Der „New York Courant“ meldet aus Washington, daß der Farmerbund den Arbeitern seine Unterstützung anbietet. Die Streit dieses Bundes liegt in den großen Weizengebieten. In Dakota wurden die Getreideerzeuger und Wägen von Farmern bezeugt. Die Regierung begründet ihren Schutz der Gemeinshaft gegen gedrohenen Kontrakte damit, daß die Bergarbeiter während des Krieges einen Dauerkontrakt mit der Regierung eingegangen sind, der bis April 1920 bindend ist. Die Auslöser für den Konflikt sind die Gefahr der Verlagerung des industriellen Kampfes nach Eindrud auf Wallstreet.

### Die Unruhen in Aegypten.

**Wafel, 28. Oktober.** (Eigene Drahtnachricht.) Nach einem Telegramm aus Kairo: Die Unruhen in Aegypten fort. Am Montag kam es zu großen Unruhen in den Straßen von Alexandria.

### Kohlenmangel in Frankreich.

**Wafel, Besançon, 28. Oktober.** (Drahtnachricht.) Der „Matin“ berichtet, daß seit gestern mittag die Fabriken der Schwerindustrie von Roubaix-Tourcoing wegen Kohlenmangel geschlossen sind.

### Telephonverehr Brüssel-London.

**Wafel, Amsterdam, 28. Oktober.** Seit gestern ist der telephonische Verkehr zwischen Brüssel und London wieder eröffnet.

### Wirren in der Sozialdemokratie.

In der Sozialdemokratie gärt es gewaltig. Am letzten Oktoberabend fand in sozialdemokratischen Blättern drei für die Entwicklung der Sozialdemokratie bedeutungsvolle Nachrichten veröffentlicht worden:

1. Die kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) hat sich gespalten.

2. Die auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokraten stehende „Freie Sozialistische Jugend-Organisation“ hat sich den Kommunisten (der „Vorwärts“ fragt welchen?) angegeschlossen.

3. Die zweite Delegiertenversammlung der Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie hat ein Einigungsprogramm aufgestellt.

Die Spaltung der Kommunisten wird nach dem „Vorwärts“ von der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ in Hamburg in folgender Form detantiert:

Die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) hat sich gespalten. Auf ihrem Parteitag hat die Zentrale dieser Partei die Delegierten mit Verhöhnungen überfallen, die vorher den Organisationen zur Verfügung nicht vorgelesen haben. Am Schluß dieser Parteitag befand sich der Vertreter, daß alle Genossen, die nicht auf dem Boden dieser Parteitag ständen, aus der Partei auszuschließen hätten. 18 von den 43 Delegierten haben gegen diese Parteitag gestimmt, wurden deshalb als außerhalb der Partei stehend erklärt und aufgefordert, den Parteitag sofort zu verlassen.

Ein Aufruf der Arbeiterzeitung teilt mit, daß sie sich sofort neu organisieren müsse, und daß die Parteitag in Hamburg die Durchführung der Vorarbeiten für die Organisation der neuen Partei in die Hand genommen habe. Der Aufruf ist unterzeichnet u. a. von Dr. Laufenberg und Wolffheim-Hamburg.

Weiter teilt die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen, am 28. Oktober mit:

Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands hat an die Redaktion der Berliner „Rote Fahne“ ein Schreiben gerichtet, in dem gewisse Artikel als dem Geiste des Kommunismus völlig widersprechend und als antisozialistisch bezeichnet werden. Damit sind gemeint die Artikel, in denen die Schöpfung als individueller Eingriff, als neue Waffe des Proletariats und die revolutionäre Parteibildung als der eigentliche Boden des organisierten Zusammenflusses gegenüber der Partei gesehen werden. Die Berliner und die Redaktion werden von der Zentrale als außerhalb der kommunistischen Partei stehend betrachtet.

Die sozialistische Jugendbewegung ist von einigen Jahren von den Unabhängigen getrennt worden. Es bildete sich neben der zur alten sozialdemokratischen Partei haltenden Jugendorganisation eine radikale „Freie Sozialistische Jugendorganisation“. Diese „Freie Sozialistische Jugendorganisation“ ist von kommunistischer Seite am 19. Oktober auf einer Reichskonferenz in Weimar gespalten worden. Dort wurde nach der „Freiheit“ ein Antrag angenommen, daß sich die Jugendbewegung der kommunistischen Partei Deutschlands gegenüber loyal verhalten und alle anderen Parteien auf das schärfste bekämpfen soll. Sofort nach der Annahme dieses Antrages wurde ein Zusatzantrag angenommen, der besagt, daß alle, die gegen den Antrag gestimmt haben, als nicht mehr zur freien Sozialistischen Jugend gehörend betrachtet werden! Damit war die Spaltung vollzogen. Ein Königsberger Vertreter gab namens der Versammlung die Erklärung ab:

„Da ein weiteres Zusammenarbeiten mit der ausgesprochen kommunistischen Jugend uns unmöglich gemacht ist, erklären alle Ortsgruppenvertreter, die auf dem Boden der „Freien Sozialistischen Jugend“ stehen und ein freies Verhältnis mit der U. S. V. sowohl als mit der K. P. D. wünschen, weil dadurch allein die Aktionsfähigkeit und Geschlossenheit der „Freien Sozialistischen Jugend“ gewahrt bleibt, daß sie sich hiermit von der kommunistischen Jugend trennen.“

Gemäß dieser Erklärung verließen Vertreter von verschiedenen Bezirken Deutschlands den Kongresssaal. In der darauffolgenden Besprechung wurde einstimmig beschlossen, eine eigene Organisation unter dem Namen „Freie Sozialistische Jugend Deutschlands“ zu schaffen. Ferner wurde allenfalls auf das entscheidende die unbedingte Selbständigkeit der neuen Jugendorganisation und die Unabhängigkeit von allen Parteien betont.

Das Einigungsprogramm am 28. Oktober von der Delegiertenversammlung der Zentrale für Einigung

der Sozialdemokratie angefleht worden ist, paßt zu diesen Wirren in der Sozialdemokratie recht wenig. In diesem Einigungsprogramm heißt es u. a.:

Die Zentralfrage für die Einigung der Sozialdemokratie besteht in einer einheitlichen sozialistischen Front eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialistischen Fortwärtung. Sie macht es sich deshalb zur Aufgabe, solange noch verschiedene sozialistische Parteien nebeneinander bestehen, wenigstens auf eine Ausgestaltung aller Gebührenden und ungenügend Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter und Bauern hin zu wirken und die Debatte über die gemeinsame Arbeit zu vermeiden. Sie erblickt den besten Weg zur Einigung in der Durchföhrung sozialistischer Arbeitsgemeinschaften. Die Basis, auf der eine Einigung erreicht werden kann, ist nach Ansicht der Zentralfrage die Debatte über die Bedeutung der Ausnutzung der Reichswehr durch das Volk selbst und nicht durch Einzelpersonen irgendwelcher Art. Die Demokratie bedeutet keine Ausnutzung der Reichswehr. Sie sind berufen, die Demokratie dadurch zu sichern, daß sie durch allgemeine Wahlen gebildeten Parlamenten gegenüber den Wahlen der sozialistischen Parteien der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, ihm wesensrichtige unterrichten und gegebenenfalls seinen Beschlüssen gegenüber eine entsprechende Koalition mit bürgerlichen Parteien, die einen Verzicht auf die soziale Vertretung anerkannter Interessen zu einem solchen Verzicht bereit sind, zu bewerkstelligen. Wo ein solcher Verzicht Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung ist, wird die Partei des Proletariats sie aber ablehnen und sich auf eine klare Opposition, verbunden mit Agitation und Propaganda der Wahlen, beschränken. Wo der Verzicht der Demokratie zur schließlichen Unterwerfung einer gesellschaftlichen Arbeitsteilnahme wird als Voraussetzung des Proletariats zu einem Wahlkampf mit allen Mitteln zu betreiben sein. Die Eröberung der politischen Macht ein letzter Akt, der die Sozialisten in einen Kampf, der sich nur allmählich vollziehen kann, zu zwingt. Die Unterwerfung des Parlamentarismus einzuwirken. Neben der Sozialistischen Front ist die Front des Proletariats und des Volkes zu bilden zu beginnen. Aus der Verwaltung sind zunächst jene Elemente auszuscheiden, die sich als Vertreter des alten Regimes erweisen. Die Reichswehr ist auszulösen und durch eine sozialistische Armee zu ersetzen. Ihre Angehörigen sollen von aller Ausnutzung verschont bleiben, und bei der Wahl der Führer ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht haben. Sie sind besonders in den Reihen der organisierten Arbeiter zu werden. Der militärische Geist ist überall zu stampfen, in der inneren, wie vor allem auch in der äußeren Welt. Sozialistische Republik muß es sein, daß ein Völkerverbund mit einem Weltparlament an der Spitze gebildet wird, der schließlich Streitigkeiten durch einen Schiedsrichter erledigt. Als Hauptgrundlage für die Einigung sind auch fernerhin die politischen Grundsätze der Freiheit der Presse und der Freiheit der Meinungen zu betrachten. Jedoch ist im Rahmen jedes Programms allen sozialistischen Ansichten der weitestmögliche Spielraum zu lassen.

Als bemerkenswert an diesen Richtlinien bezeichnet die „Freiheit“, daß selbst diese Einigungsprogramme von einer Einigung der verschiedenen Parteien abhingen und statt dessen nur eine „Arbeitsgemeinschaft“ vorschlagen. „Nur auch der Vorstoß einer Arbeitsgemeinschaft erscheint dem Organ der Unabhängigen so lange „völlig indiskutabel“ zu sein, als die S. P. D. sich in schroffem Gegensatz zu den Forderungen des Sozialismus und der wirklichen Demokratie stellt.

**Das Centersteleungsangebot Andraßys.**  
Budapest, 28. Oktober. „Aj Neueste“ veröffentlicht eine Anwendung mit dem Grafen Julius Andraßy, der sich unter anderem auch über die Ursachen äußert, weshalb er, als er Ende Oktober zum österreichisch-ungarischen Minister des Innern ernannt wurde, ein Sondersteleungsangebot gemacht habe. Andraßy erklärte unter anderem: „Durch die Fortsetzung des Krieges hätten wir den Deutschen gar nichts nützen können. Meine Auffassung war, daß selbst der schlimmste Feind Deutschlands nicht zugrunde zu gehen könne. Österreich-Ungarn jedoch am Rande der Vernichtung steht. Der Hauptpunkt, daß ich ohne Rücksicht auf die Wünsche der Nation, die ich nicht antworten soll, daß die Nation es versteht, ohne Nutzen und Hoffnung ihre Ehre zur Schau stellen zu lassen. Dieses Verbot ist mir lieber, als die durch das Bündnis auferlegten Pflichten, dessen Ziele nicht mehr erreichbar waren.“

**Aus der Zeit der Bela Kun'schen Herrschaft.**  
Budapest, 28. Oktober. Wie die Führer melden, befinden sich unter den der russisch-österreichischen Regierung wieder übergebenen Bela Kun'schen und Genossen neuerlich überreichten Dokumenten auch solche, wonach Bela Kun in Petersburg unter den russischen Klerikern eine Bande organisiert habe, die die russische Armee einziehen wollten. Ein in Budapest veröffentlichter Terrorist behauptet, daß er auf Befehl Bela Kun's gegen ukrainische Offiziere in die Donau geschickt habe. Die Worte und Erklärungen zur Unterdrückung der Gegenrevolution in Transdanubien erfüllt, wie amtliche Dokumente schließen, auf dreifachen Befehl der revolutionären Regierung. In einer Verhaftung wurden aus demselben Buletin im Werte von etwa 2 Millionen Kronen gefunden, die der Volkskommissar Julius Bonner verhaftet hatte.

**Deutschfeindliche Ausstellungen in Prag.**  
Prag, 28. Oktober. Den Wählern zufolge haben sich in Prag Ausstellungen gegen deutschsprechende Passanten ereignet, die besonders von tschechischen Legionären ausgehen. Eine Person wurde schwer verletzt.

**Die deutsch-polnischen Grenzverhandlungen.**  
Warschau, 28. Oktober. Die Botschaftsberichte über den angeblichen Verlauf der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen in Fragen der Grenzlinie entsprechen nicht den Tatsachen. Die deutsche Regierung verlangt eine Berücksichtigung der durch den Friedensvertrag festgelegten Grenzlinie da zu erreichen, wo Gebiete mit ganz überwiegend deutscher Bevölkerung zu Polen geschlagen werden und zahlreiche zugehörige Gebiete am Belagungen beim Deutschen Reich vorliegen. Zunächst wird es sich darum handeln, daß die mit der Festschreibung der Grenze nach dem Friedensvertrag betraute Kommission, die bisher mehr oder weniger nur topographische Aufgaben besorgt, erweiterte Zuständigkeit erhält. Ferner daß die ethnographisch kritischen Gebiete einer besonderen, den Abkommensbestimmungen ähnlichen Behandlung

in Bezug auf die Festschreibung der Verwaltung unterstellt werden. In dieser Beziehung hat die Regierung bereits die entsprechenden Schritte getan, ohne daß jedoch eine Entscheidung darüber vorläge.

**Eintreffen einer Entente Mission in Danzig.**  
Danzig, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) Wie die Danziger Neuesten Nachrichten melden, ist eine Entente Mission, bestehend aus drei französischen Offizieren, gelien in Danzig eingetroffen und hat mit den amtlichen hiesigen militärischen Behörden Sitzung genommen.

**Bewilligung des Reichswehretats.**  
Berlin, 28. Oktober. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung bewilligte den Etat des Reichswehretats und nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen einen demokratischen Antrag an, das Beschäftigungsgeld und den Ersatztrag für Unterbringung angemessen zu erhöhen, sofort zu prüfen, ob die Gehaltsliste der Heranzuziehenden der Verhältnisse entsprechen und sie gegebenenfalls zu erhöhen, die Verfertigung zu verbessern, soweit das noch nicht geschehen konnte, den aus der Gefangenenschaft zurückgekehrten Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften Stellen in der Reichswehr freizumachen und Schulstellen in die Stellen in Staat und Gemeinden den Angehörigen der Reichswehr nach ihrer Dienstzeit offen zu lassen.

**Annahme der Reichsabgabenordnung.**  
Berlin, 28. Oktober. Die Reichsabgabenordnung wurde heute vom Staatsrat der Nationalversammlung in zweiter Lesung angenommen.

**Anfrage wegen Kustruh.**  
Berlin, 28. Oktober. Die Anfrageschöbere hat gegen die Führer der wilden Eisenbahnverkehr's vom Sommer des Verlaßens wegen Mißtraus eingeleitet.

**Freiwillige Ueberstunden bei Lieferung der Kohlennot.**  
Dresden, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) In der am Montag in Wittenberg stattgefundenen Versammlung der Mitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die der Binnenminister des Reichs und seiner Reichsminister, die Kohlennot, war es gelungen, zur Lieferung der Kohlennot in Süddeutschland auf allen Bahnen jeden Tag zwei Ueberstunden zu verfahren. Hier ist man geneigt, an den freien Sonntagen im November zu arbeiten.

**Die Haltung der Kommunisten am 9. November.**  
Berlin, 28. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Von einer Seite, die mit den Absichten der Kommunisten verträglich ist, wird dem 9. Novemberstag zu erwarten sein, und daß wohl einzelne Beschlüsse nicht unterbreitet sind. Es dürfte wohl Versammlung abgehalten werden, deren sich militärische Umstände in den Städten anhängen werden. Zu ersten Umständen dürfte es sich nicht handeln, daß eine große Zahl der Kommunisten bereit sind, sich nicht zu beteiligen zu sein. Ferner werden sie durch die in ihren Reihen vor einigen Tagen eingetretene Spaltung behindert. Sie dürften in Berlin auch nicht die Unterstützung der Handlungen finden, die in einem Umfange vorzunehmen sind, und das heißt die Absicht zu haben, sich am 9. November nicht zu beteiligen. Man kann noch, daß die Reichsregierung der Unabhängigkeit erst nach dem 9. November in Bezug auf die Absicht es nicht anzunehmen, daß sich die Unabhängigkeit in Unterbrechungen äußern werden, für die sie sich nicht geneigt zu erklären werden. Diese Wünsche sind sich ganz abfällig gegen die Elemente in den kommunistischen Kreisen, was ihnen sich jedoch die führenden Mitglieder nicht bewußt lassen.

**Festgehaltenen deutsche Segler.**  
Berlin, 28. Oktober. (Drahtnachricht.) Wie erst jetzt bekannt wird, werden auch die kleinen deutschen Segler gefast, und Tade, die vor Bekanntwerden der Dilettanten unterwegs waren, von den allierten Seestreitkräften festgehalten.

**Das englische Staatsdefizit.**  
London, 28. Oktober. „Telegraph“ meldet aus London: Der Staatsplan hat ein Defizit von 140 Millionen, aus dem hervorgeht, daß das Finanzjahr mit einem Defizit von 473 Millionen Pfund, anstatt der erwarteten 250 Millionen Pfund, abschließen wird. Der neue Prozess ist selbst sich auf 465 Millionen, nicht auf 287 Millionen, wie ursprünglich beabsichtigt war.

Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler, daß der Eisenbahnverkehr dem englischen Staat ungefähr 10 Millionen Pfund gekostet habe.

**Zur Verstaatlichung der englischen Bergwerke.**  
London, 28. Oktober. Wie der „Newspaper“ berichtet, hat die Regierung beschlossen, die Bergwerke der britischen Union auf verstaatlichungsmäßigem Wege zu übernehmen.

**Der belgische Vertreter in Berlin.**  
Brüssel, 28. Oktober. „Telegraph“ meldet aus Brüssel: Der belgische Vertreter in Berlin ist der Herr Dr. J. J. Van der Smissen, der die ersten diplomatischen Vertreter Belgiens in Berlin sein. Von der Haltung der anderen Mächte wird es abhängen, ob er sofort als Botschafter oder als Geschäftsträger auftritt wird.

**Deutsche Nationalversammlung.**  
Berlin, 28. Oktober. (110. Sitzung.)  
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Das Haus ist schwach besetzt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst 4 Anträge.

Auf eine Anfrage des Abg. Mittelmann (D. Vpt.) wegen der traurigen Lage deutscher Gefangener in Ägypten wird regierungsgünstig geantwortet, daß die Unterbringung der Gefangenen im allgemeinen erträglich ist, daß der Gesundheitszustand jedoch sehr bedauerlich sei. Der belgische Vertreter in Berlin wird am 28. Oktober in Berlin sein. Von der Haltung der anderen Mächte wird es abhängen, ob er sofort als Botschafter oder als Geschäftsträger auftritt wird.

cher Königlich-Markische wird dahin beantwortet, daß infolge des Zusammenbruchs des Berliner Volkspräsidenten, des Reichsministeriums und der Staatsanwaltschaft und infolge der Anwendung reichlicher Geldmittel für Agenten und Belohnungen in den letzten Wochen

24 Fälscherbanden dem Gericht zugeführt werden konnten. Auf eine Anfrage des Abg. Freiherr von Richthofen (Dem.), wonach sich die deutsche Regierung die Rückzahlung von Deutschland an die Vereinigten Staaten von Amerika habe, wird regierungsgünstig bemerkt, daß dem in seiner Absicht sei. Jedoch machte Amerika Schwerarbeiten bei der Rückzahlung.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.) wegen Schmutz in Schleswig wird regierungsgünstig geantwortet, daß in dieser Hinsicht schon Anordnungen getroffen worden seien und der Grenzschutz verstärkt würde.

Auf eine Anfrage des Abg. Richter-Dörplich (Dn.) wegen der Eisenbahnverbindungen nach Düppeln, dem Baltikum und Russland wird regierungsgünstig geantwortet, daß der Verkehr aus militärischen Gründen vorübergehend gesperrt und unterbrochen war.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts- und Reichsministeriums. Der Zusammenbruch ist eine Folge der Politik der Reiches. Die Folgen aber die Zwangswirtschaft sind bedauerlich, denn wir haben ja keine Zwangswirtschaft mehr. Sie wird überall durchgeführt. Wir befinden uns immer noch im kapitalistischen Staat. Deshalb hat die Arbeiterschaft das Recht, sich gegen die Zwangswirtschaft ihrer Lage zu bedienen. Die Reichsregierung ist zu streifen. (Anruf.) Der deutsche Arbeiter wird die Sozialisierung erzwingen. (Geldher redet.)

Die Regierungsmittel werden von der Landwirtschaft beschaffen, um höhere Preise zu erzielen. Die planmäßige Sabotage wird von den landwirtschaftlichen Organisationen erst noch unternommen.

Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.): Die Zwangswirtschaft darf nicht zum Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Ueber neue Lebensmittel und Rohstoffe haben wir keine Sorgen. Dem Landwirt steht vor allem die Selbstversorgung im Vordergrund und rechtschämliches Getriebe entgegen. Bei der Abfertigung der Lebensmittelwesen muß dem kleinen selbständigen Kaufmann, Licht und Luft gelassen werden. Dem Handwerker mühen Rohstoffe und Arbeitsgelegenheit beschafft werden. Mit der reinen Zwangswirtschaft ist es nicht abzumachen. Es gilt, die Produktion zu heben. Die Regierung muß zunächst da eingreifen, wo sich noch handeln ist. Die Notstandsversorgung mit Eisenblech vollständig. Hier ist noch nichts geschah. Vielleicht kann diese Arbeit der Notstandsversorgung für Textilwaren mit übertragen werden.

Minister Schmidt: Ich bin nicht einverstanden mit der Entschiedenheit des Ausschusses, wonach alle Bestimmungen in der Ernährungsverordnung aufgehoben werden, welche hindern, den landwirtschaftlichen Arbeitern die zugehörigen Teputatgebühren ohne Beschränkung zuzulassen. Ebenso dürfte ich den Antrag Anhalt abgucken, daß der Erlös der Viehhäute den Besitzern des Viehes, denen es abgetaucht wird, in vollem Umfange ausgezahlt wird.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Abg. Webers (Dn.) begründet einen Antrag auf die Landwirtschaft, für Industrie und Handwerk und für Groß- und Kleinhandel, und die Leitung dieser Abteilung für Männer zu übertragen.

Der Antrag Anhalt wird abgelehnt. Die Entschiedenheit des Ausschusses betreffend die Deputatgebühren wird angenommen, ebenso die anderen Entschlüsse des Ausschusses.

Bei der Abstimmung über die Entschiedenheit Anhalt betreffend die Abgabe des Erlöses der Viehhäute an den Besitzer des Viehes bleibt das Haus zweifelsfrei. Es muß Jammelpetition vorgenommen werden. Das Haus hat sich inzwilchen ziemlich geteilt. Die Abstimmung ergibt 102 Stimmen für und 104 Stimmen gegen den Antrag. Das Haus ist also beschlußfähig.

Die nächste Sitzung wird auf heute 4 1/2 Uhr anberaumt. Schluß 4 1/2 Uhr.

111. Sitzung. Am Ministerisch: Schmidt, Kooß. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 45. Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichsministeriums.

Eine Entschiedenheit Anhalt betreffend Gemärdigung von Rohstoffen und Betriebsmitteln für Handwerk und Industrie wird angenommen.

Abg. Koch-Merzbach (Dem.) befristet einen Antrag, die Melanbeförderung zugunsten einer besseren Völsfütterung abzugeben und 50 Prozent der Verlässe der Viehhäute zu beschaffen.

Der Antrag wird angenommen. Die Abänderungsanträge des Ausschusses werden angenommen.

Abg. Schiele (Dn.) befristet die Frage des Kartofeltransports, zu dessen Gunsten der Personennetz sehr eingeschränkt werden müsse.

Der Rest des Haushalts wird angenommen. Es folgt die Beratung des Haushalts der Verwaltung des Reichsmeeres.

Abg. Stülcken (Soz.) berichtet über die Beratungen des Ausschusses. Hierauf vertritt sich das Haus am morgen 9 1/2 Uhr; Fortsetzung und Rest des Haushalts. Schluß 6 1/2 Uhr.

**Halle und Umgegend.**  
Halle, den 28. Oktober 1919.

**Kleinwohnungskolonie auf dem oberen Roßplatz.**  
Auf dem in früheren Jahren dem Wehrmarkt dienenden Teile des Roßplatzes zwischen Wallstr. und Kalerne erhebt sich eine Anzahl von Neubauten, zum allerersten Teile erst im Herbst vollendet, welche 83 kinderreiche Familien, in der Hauptsache von kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmern, aufnehmen sollen.

Die Häuser, welche in der Nordfront, gegenüber der Kalerne liegen, sollen bis zum 1. Dezember für die Aufnahme von 23 Familien vollständig besetzt bereitgestellt sein. Die übrigen Häuser werden erst nach und nach bewohnbar werden, so daß sich die Bevölkerung bis 1. April nächsten Jahres dritthalb dürfte. In jeder der 83 Wohnungen ist sämtlich bereits notwendig und bezüglichen Empfang bereitet, wurde überdies in dem Grundstück (Gasthof), in dem die obigen Häuser, noch von einer langen Reihe von kleineren Wohnhäusern, die auf die Geleise unterkommen. Ein Volksgemeinschafts- und besüßigen Empfang bereitet, wurde überdies in dem Grundstück (Gasthof), in dem die obigen Häuser, noch von einer langen Reihe von kleineren Wohnhäusern, die auf die Geleise unterkommen.



